

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Björn Engholm MdB, Bundesbildungsminister, sieht im Rechtstrend einen Vorläufer des Rechtsextremismus: Den Nährboden entziehen.

Seite 1

Hans Werner Loew MdL beschreibt, wie Bayern Haushaltssanierung auf Kosten anderer Haushaltsebenen betreibt: Stumpfsinn mit Tradition.

Seite 3

Jan. von Trott fordert, in der Startbahn-West-Diskussion demokratische Institutionen nicht dem Opportunismus zu opfern: Krise politischer Legitimation.

Seite 4

Dokumentation

Willy Brandt würdigt Alfred Nau: Treue zur Sache auch unter großer Gefahr.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 223

23. November 1981

Den Nährboden entziehen

Der Rechtstrend - ein Vorläufer des Rechtsextremismus

Von Björn Engholm MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Rechtsextremismus hat die Entwicklung der Bundesrepublik vom Beginn an begleitet, obwohl zwischen dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches und der Gründung der Republik kaum vier Jahre lagen: Da gab es von der 1952 verbotenen "Sozialistischen Reichspartei" bis zur NPD Parteien, die sich auch - zumindest verbal - den parlamentarischen Spielregeln fügten. Da gab es aber auch zahlreiche Gruppen im Untergrund, von der "Wehrsportgruppe Hoffmann" bis hin zu mindestens 20 weiteren Gruppierungen, die mit der Intoleranz nationalistischer Rechthaberei dieser Gesellschaft den Kampf angesagt haben, und sei es mit Waffen und Terror.

Eine Sammlung von Übriggebliebenen und Unbelehrbaren ist das längst nicht mehr. Schon für die Anhängerschaft der NPD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre galt, was stärker noch auch die heutige Szene der rechtsextremistischen Aktivitäten kennzeichnet: Es sind "Hitlers Enkel und Urenkel" (so ein Buchtitel), die sich anstecken lassen, überwiegend junge Menschen, "Produkte" unserer Gesellschaft.

Nach den jüngsten Verhaftungen und Waffenfunden müssen nun endlich mit aller Schärfe die Gründe untersucht werden, die junge Menschen für rechtsextreme Weltbilder anfällig sein lassen. Allerdings sollte dabei der Rat von Professor Hans Mommsen (Bochum) befolgt werden, sich nicht damit aufzuhalten, allein über rechtsextremistische Zirkel zu reden, mit denen eine rationale Auseinandersetzung ohnehin nicht möglich sei, sondern die Gründe für den Rechtsextremismus



an ihren Wurzeln aufzusuchen, in der "Gesellschaft, in der sie entstehen". Wir müssen dabei wohl auch Hommsens Sorge ernst nehmen, daß zunehmende neo-konservative Selbstgerechtigkeit dazu beitragen kann, den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik wieder "salonfähig" zu machen.

Es trifft ja zu, was zum Beispiel Dagobert Lindlau feststellt: Daß auch der Büchermarkt von "Hitler und dem Gesindel um ihn herum" nicht verschont blieb. Man habe über den Nationalsozialismus "kühl und gescheit" geschrieben "wie über eine Krankheit, die von irgendwo her kam, nur nicht aus uns". Es trifft ja ebenso zu, wenn Lindlau auch auf die Tatsache hinweist, daß zahlreiche Leute, die schon bei den Nazis Karriere machten, bei uns wieder zu Amt und Würden kamen, wenn sie nur kein Blut an den Händen hatten: "Nazi-Größen im Fernsehen, man braucht sich nicht mehr zu schämen, mitgemacht zu haben. Hinter dem Ruf nach Ordnung konnte man wieder die Abneigung gegen Freiheit verstecken".

Konsequenz: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus darf nicht erst dort ansetzen, wo er bewaffnet auftritt. Ich halte es zum Beispiel für einen guten Anfang, wenn Politiker von der CSU und auch von der CDU dem "Deutschland-Magazin", der "Deutschland-Stiftung" oder dem "Kulturwerk des Deutschen Geistes" endlich die Zusammenarbeit aufkündigten. Die Gefährlichkeit auch dieses Rechtstrends kann keiner mehr übersehen. Sich hier energisch zu distanzieren, ist für demokratische Parteien und für unsere Demokratie insgesamt dringlicher als je zuvor.

Die Forderung geht aber auch an die eigene Adresse: Wir dürfen brachliegendes soziales Engagement insbesondere der jungen Generation nicht rechtsextremistischer Ansprache überlassen. Formen der Selbstorganisation, soziale Hilfen, dem Bedürfnis nach sinnvollem Erleben von Gemeinschaft nachgeben, Angebote zur Befriedigung von Abenteuerlust, das alles sind zunächst nur allgemeine Stichworte, die, wenn sie ernstgemeint sind, ihre Konkretisierung auch in der Tagespolitik erfahren müssen.

Das ist sicher ohne Geld noch schwerer als sonst, darf aber nicht aus dem Blickfeld geraten, wenn zum Beispiel Bildungs- und Ausbildungspolitik in die Gefahr geraten, daß über sie nur noch unter finanzpolitischen Gesichtspunkten entschieden wird. Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und Mangel an Ausbildungsplätzen hilft auch, Nährböden für rechtsextreme Denk- und Verhaltensmuster zu entziehen.
(-/23.11.1981/bgy/ca)

+ + +



Stumpfsinn mit Tradition

Bayern betreibt Haushaltssanierung auf Kosten anderer Haushaltsebenen

Von Hans Werner Loew MdL

Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bayern

Mit einem unausrottbaren Vorurteil, das geradezu hysterische Dimensionen angenommen hat, eröffnet der bayerische Finanzminister Streibl in letzter Zeit regelmäßig seine finanzpolitischen Ausführungen. Das klingt dann so:

"Die Bundesregierung ist schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie ist unfähig, die für eine Erholung der Wirtschaft notwendige Entscheidung zutreffen." Und die jüngste Steigerung: Streibl schreckt nicht davor zurück, die rund 800 Millionen Steuer-ausfälle, die Bayern im kommenden Jahr zu erwarten hat, der Bundesregierung in die Schuhe zu schieben (siehe Bayerische Staatszeitung vom 30. Oktober 1981 "Der Freistaat sorgt für seine Städte und seine Gemeinden"). Die stumpfsinnigen Streibl-Vorwürfe und das daran regelmäßig anknüpfende Selbstlob des Finanzministers werden jedoch durch ständige Wiederholungen nicht besser. Sieht man sich die Realitäten im Freistaat an, kommt man zu anderen Ergebnissen:

- o Zwar werden die Kürzungen des Bundes von Streibl nach außen hin lautstark beklagt, intern ist man im bayerischen Finanzministerium jedoch sehr froh, die Kürzungen komplementär mitmachen zu können. Allein 1982 wird Bayern durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung 200 bis 250 Millionen Mark an Landesmitteln einsparen.
- o Gegenüber den Kommunen ist die Bayerische Staatsregierung nicht gerade zimperlich. Schon in diesem Jahr wurden wesentliche Einsparungen bei den kommunalen Leistungen beschlossen. Erinnert sei hier an die Pauschalierung der Kosten bei der Schülerbe-förderung und an die Reduzierung der Fördersätze bei kommunalen Hochbaumaßnahmen. So wurde zum Beispiel im Berufsschulbau die Förderung von 80 Prozent auf 45 Prozent reduziert.
- o Ein weiteres Beispiel: Im Abwasseranlagenbau und im Wasserversorgungsbau gibt es seit über einem Jahr einen Anmeldestopp für neue Vorhaben, weil die Mittel nur noch gerade ausreichen, um die bereits genehmigten Vorhaben abfinanzieren zu können. Da-mit wird in einem ungemein wichtigen Infrastrukturbereich den anerkannten Notwendig-keiten nicht Rechnung getragen.
- o Auch im Krankenhausbau ist die Lage katastrophal. Auf Grund von Planungsfehlern sind der Staatsregierung in diesem Bereich die Kosten davongelaufen, so daß trotz erhöh-ter Mittel im Haushalt die Vorhaben im Krankenhausprogramm 1981 bei weitem nicht fi-nanziert werden können. Auf Grund der chaotischen Situation haben die Landkreise bei den letzten Haushaltsberatungen sogar von sich aus zusätzlich 50 Millionen Mark an-geboten.
- o Schließlich ist der bayerische Finanzminister Streibl an die Tatsache zu erinnern, daß in Bayern die für die Kommunen frei verfügbaren Mittel wesentlich geringer sind als in anderen Bundesländern und auch deshalb penetrantes Selbstlob beim Thema kommunaler Finanzausgleich nicht angebracht ist. (- / 23.11.1981/vo-he/ca)



Krise politischer Legitimation

Demokratische Institutionen dürfen dem Opportunismus nicht geopfert werden

Von Jan von Trott

Stadtverordneter der Stadt Frankfurt

Die Auseinandersetzung um die Startbahn West ist von einer kontroversen Debatte um eine Einzelmaßnahme mehr und mehr zu einer Auseinandersetzung um die Sinnhaftigkeit politischer demokratischer Entscheidungen und Entscheidungsverfahren geworden. Die hessische Landesregierung besteht auf der Möglichkeit, eine vom demokratisch gewählten Parlament getroffene und von allen Gerichten bestätigte Entscheidung vollziehen zu können. In einer späten Phase dieses Prozesses haben Bürger eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren zur Verhinderung eben dieses Vollzugs eingereicht.

Ich bin davon überzeugt, daß sich hinter umständlichen Juristenstreiten ein tiefgreifender politischer Konflikt verbirgt. Es ist eine Krise politischer Legitimation. Aber auch eine kaum zu überbietende Fremdheit zweier politischer Generationen. Sie wird angeheizt durch einen erschütternden politischen Opportunismus auf Seiten mancher führender Teile der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und der Grünen, aber auch der Mehrheitsfraktion dieses Parlamentes gegenüber der Substanz demokratischer Einrichtungen.

Ich gehöre zu einer politischen Generation, die ihr politisches Bewußtsein an der Empörung über einen menschenverachtenden Krieg in Vietnam, über verkrustete Moral in öffentlichen Institutionen geschärft hat. Aber, beginnend mit der Liberalisierung der Schülerrechte in Hessen, über den großen Dialog einer Volkspartei wie der SPD mit einer ganzen Generation zu Beginn der siebziger Jahre, über das Erlebnis der Erweiterung von Mitbestimmungsrechten von Arbeitnehmern und die Liberalisierung des Demonstrationsrechtes gehöre ich auch zu einer Generation, die die Chance hatte, jenen Zuruf von Willy Brandt "mehr Demokratie wagen" für uns immer noch in Grenzen, aber doch im historischen Vergleich sehr weitgehend zu leben und unsere Empörungen einzubringen.

Aber erst in den letzten Monaten habe ich begreifen gelernt, was jene "kaum zu überbietende Fremdheit zweier politischer Generationen", die ich oben anführte, bedeutet. Für uns und für viele von jenen 100.000, die Samstag vor einer Woche in Wiesbaden waren, sind Dinge wie Wahlen, Parlamente, Gewaltenteilung Selbstverständlichkeiten. Ganz anders ist das bei vielen Älteren, zumal älteren Sozialdemokraten, mit denen ich darüber reden konnte. Für sie bedeuten diese Dinge keine Zugeständnisse an einen bürgerlichen Staat, mit denen man unter taktischen Gesichtspunkten umgehen könnte.

Wenige wissen noch aus indirekten Erzählungen von den großen Reden August Bebels im Reichstag, der für das allgemeine Wahlrecht, die Unabhängigkeit der Gerichte gestritten hat. Schon ein paar mehr wissen noch vom Verhältnis des Beamtentums in der Weimarer Republik zu erzählen. Sie lehnen Berufsverbote ab. Aber sie verlangen von Beamten, als erste demokratische Entscheidungen nur mit demokratischen Mitteln zu diskutieren. Dazu zähle ich das Engagement Herrn Schubarts für das Volksbegehren. Aber dazu zähle ich nicht seine Ultimativen. Noch mehr dieser älteren Sozialdemokraten sind es, die wohl mit Bestürzung und Trauer in der Erinnerung, aber doch auch mit Stolz davon berichten, daß es nicht Deutschnationale, Zentrums Politiker oder Liberale, sondern einzig die Sozialdemokraten waren, die im Angesicht des faschistischen Terrors 1933 im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz und damit der Abschaffung jener "Selbstverständlichkeiten" die Zustimmung verweigert haben.



Sie waren es, die nach 1945 eine hessische Verfassung formuliert haben, die Sozial- und rechtsstaatliche Prinzipien wie kaum eine andere Verfassung enthält. Sie enthält ein später gesetzlich genau geregeltes Verfahren eines Volksbegehrens, aber eben auch Verfahren über Parlamentsentscheidungen und deren Rechtmäßigkeit. Diese Dinge stehen nicht für die Blockade, sondern die Ermöglichung gesellschaftlicher Veränderung.

Ob nun das Volksbegehren zulässig ist oder nicht, entscheiden weder Herr Schubart noch die Landesregierung, sondern der unabhängige Staatsgerichtshof. Bis dahin kann sich die Landesregierung auf ein Recht zu handeln berufen, für dessen Erkämpfung Generationen geblutet haben. Ich habe Verständnis, ja Sympathie und Hochachtung für jene 100.000, die demonstrieren, aber ich empfinde Scham und Empörung, wenn sich irgendjemand, und sei es Herr Schubart, mit diesen Mitteln nicht begnügen will, sondern sich auf das Widerstandsrecht der hessischen Verfassung beruft.

Widerstandsrecht - das hatten die Millionen niedergemordeter jüdischer Mitbürger, die Männer des 20. Juli 1944, all die, die das Grauen erlebt haben. Manche von ihnen haben dieses Widerstandsrecht wahrgenommen, und sie haben schließlich, mit Hilfe des Kämpfens und Sterbens von Menschen aus anderen Ländern, diese Rechte von Gewaltenteilung, Minderheitenschutz, aber auch Parlamentsentscheidungen nach 1945 erreicht.

Wir jüngeren wissen das nur aus Erzählungen. Aber ich selbst habe, aus weiter Entfernung wohl geographisch, aber aus tiefer Nähe politisch und menschlich, miterlebt, was es heißt, wenn demokratischen Entscheidungen nicht mehr nur mit demokratischen Mitteln, sondern mit Ultimativen begegnet wird. Ich habe in dieser politischen Nähe miterlebt, was es heißt, die Prinzipien der Mehrheitsentscheidung zu haben oder nicht zu haben: Das war die Erpressung und dann Vertreibung der demokratischen Regierung der Republik Chile. Ich weiß seitdem, wie Sozialdemokraten, Sozialisten ohne Wenn und Aber für diese vermeintlichen Selbstverständlichkeiten, die parlamentarischen Prinzipien, zu kämpfen haben.

Jeder kann sagen, daß Parlament und Regierung falsch entschieden haben und dagegen demonstrieren. Wer sich aber hier auf das Widerstandsrecht beruft, begeht eine unglaubliche, opportunistische, erschütternde Leid von Millionen von Menschen verhöhnende Geschichtsklitterei.

Ich habe damals, 1973, freilich auch gelernt, welches Verhältnis zu diesen Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie Christdemokraten entwickeln können, wenn es ihnen opportun erscheint. Der Kanzlerkandidat, Strauß, hat es für nötig gehalten, dem Mörder des demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten Allende die Hand zu schütteln und ihn seiner Unterstützung zu versichern. Herr Dregger hat ihm nicht nachgestanden. Sie waren immer wieder bereit, rechtsstaatliche Grundsätze der Opportunität zu opfern.

Das ist das Problem der Christdemokraten: Ihre mangelnde Glaubwürdigkeit, wenn es um die Sicherung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien auch dann geht, wenn es ihnen nicht in ihr Konzept paßt. Ich verstehe es, wenn einem Oberbürgermeister und seiner Partei, die sich so zu Chile verhalten hat, das Vorgehen oder Nicht-Vorgehen gegen Herrn Schubart als Opportunitätshandeln ausgelegt wird. Ich unterstreiche, daß ein Oberbürgermeister und eine Mehrheitspartei, die nicht davor zurückschreckt, Grundrechte bei der ersten opportunen Gelegenheit über Bord zu werfen, nicht das Recht hat, hier von der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit zu reden. Ich nenne hier, und das ist nach dem Kapitel "Verhalten eines Beamten gegenüber Verfassungsorganen" das Kapitel: "Verhalten ob Wallmanns und der CDU gegenüber einem Verfassungsorgan." Sein Verhalten gegenüber dem Verwaltungsgericht, die CDU-Forderung nach Abschaffung der Demonstrationsfreiheit von dem jüngsten CDU-Parteitag, wo sie die Genehmigung der Demonstrationen von Vermutungen, einem für jene von mir zitierte hundertjährige Geschichte demokratischer



und rechtsstaatlicher Grundsätze wirklich neuen, gespenstischen Rechtsbegriff, von Vermutungen ihres Oberbürgermeisters abhängig machen wollen.

Solange die CDU derartig opportunistisch und leichtfertig mit den Grundrechten umgeht, kann sie weder ihre Maßnahmen glaubwürdig gegenüber jungen Menschen vertreten noch hat sie das Recht, jungen Demonstranten Belehrungen vorzuhalten. Im Gegenteil: Sie schüren die Sinnkrise demokratischer Institutionen!

Allerdings: Auch die Grünen, zögern immer wieder nicht, die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der parlamentarischen Demokratie der politischen Opportunität zu opfern. Es ist schon erschütternd zu sehen, wie sie wiederholt mit einem Federstrich Rechte von Einzelnen, und dazu gehören auch Polizeibeamte, und rechtsstaatliche Verfahren vom Tisch gewischt haben. Dazu zähle ich Anträge der Grünen im Frankfurter Stadtrat, die bis zur fast absurden indirekten Zeugeneinvernahme im Parlament reichen. Sie sind nicht mitzuvollziehen. Es stehen viele Jahrzehnte Kampf und Leid der Arbeiterbewegung, auch der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, für diese Verfahren und diese Rechte.

Ich habe gezeigt, daß das Verhalten der Landesregierung rechtmäßig, das Verhalten eines Beamten vermutlich unrechtmäßig war und ist und das erst nach einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes geklärt ist, ob es einen Volksentscheid gibt oder nicht. Allein: Die Legalität des Handelns von Verfassungsorganen kann nur dann von Stabilität sein, wenn diese Legalität auch von den Bürgern, gerade aber von jungen Menschen als solche begriffen wird. Das aber ist heute nicht der Fall.

Ich wünschte manchmal ein wenig mehr Weitsicht und Vernunft. Aber jeder wird mich und jeden Sozialdemokraten zum unerbittlichen Gegner haben, der der Landesregierung Verfassungsbruch vorwirft oder bereit ist, auch nur ein winziges Teil von den Dingen, für die Generationen gekämpft, gelebt und gelitten haben und für die immer noch hunderte Millionen Unterdrückter in den Diktatorländern dieser Welt oft mit der Unterstützung der SPD und ihrer Schwesterparteien kämpfen, Opportunismus und billigem Beifall zu opfern.

(-/23.11.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf einem Empfang anlässlich des 75. Geburtstages des Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung und Ehrenmitglieds des SPD-Vorstandes, Alfred Nau, führte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt unter anderem folgendes aus:

Treue zur Sache, auch unter großer Gefahr

Der Geburtstag des Mannes, zu dessen Ehren wir uns heute hier versammelt haben, fällt in eine Zeit, da seine Freunde in und außerhalb der Regierung nicht die Anerkennung finden, die sie finden sollten. In eine Zeit, in der der eine oder andere Sozialdemokrat nach Sinn und Ziel seines politischen Engagements fragt. In der dann und wann mancher irre wird und zweifelt, ob ihm nicht unversehens das abhanden gekommen ist, was neuerdings "die sozialdemokratische Identität" genannt wird.

Warum sage ich das an dieser Stelle, an der es sich doch nicht um Partei im engeren Sinne handelt, sondern um die große Stiftung, die den Namen des ersten Reichspräsidenten trägt? Diese Ebert-Stiftung also, deren Aufbau Alfred Nau so stark geprägt hat und der er weiterhin als Vorsitzender dient.

Er, dessen 75. Geburtstag wir heute begehen, kennt solche Stimmungen und Tiefs, kennt sie besser als die meisten von uns. Aber er weiß auch, wie man ihnen wirksam begegnet. Denn: Von den 75 Jahren seines Lebens ist er 59 Jahre organisierter Sozialdemokrat, Unorganisierter Sozialdemokrat, weil vom Statut zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugelassen, war er von der Stunde seiner Geburt an, als er am 21. November 1906 in eine aktive sozialdemokratische Familie hineingeboren wird. Vater Nau spielte in der Konsumgenossenschaft des Wuppertales - der Geburtsort Alfred Naus hieß damals noch Barmen - eine bedeutende Rolle. Ganz selbstverständlich also, daß der Sohn mit 16 Jahren in die Partei eintritt, Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend wird und bald danach auch gewählter Jugendvertreter im Vorstand des Ortsvereins Barmen.

Fast selbstverständlich also, was folgt: Die Parteilaufbahn Alfred Naus:

- 1928: Im Alter von 22 Jahren tritt er in die Dienste des SPD-Partei Vorstandes in Berlin, Lindenallee 3, im alten Vorwärts-Haus, das damals die Büros des Parteivorstandes beherbergte: Als Volontär! Sechs Monate wandert er durch die Büro des PV, dann wird er direkter Mitarbeiter des damaligen "Parteikassierers" und bald dessen "rechte Hand". Zunächst noch bei Konrad Ludwig, schließlich bei Siegmund Crummenerl. So manch einer mag geahnt haben, daß Nau irgendwann einmal selbst oberster "Parteikassierer" wird. - So wie es ja auch damals hieß, daß der junge Mann von Otto Wels, wie manche Erich Ollenhauer nannten, einmal der Nachfolger sein würde. Doch ich eile der Zeit voraus.
- Denn davor lagen die zwölf brutalen Jahre der Hitlerdiktatur, die Jahre der Unterdrückung der deutschen Sozialdemokratie, die Jahre der Verfolgung, ein sechs Jahre währender Krieg mit Abermillionen Opfern. 1933 bereitete Alfred Nau - zusammen mit anderen - die Illegalität der Partei und die Emigration einiger ihrer führenden Männer vor.

In Klammern: Die Anekdote, wie er zusammen mit Rudi Leeb im April 1933 den leer gewordenen Tresor im Zimmer des Parteikassierers mit Milliarden- und Millionenscheinen aus der Inflationszeit ausfüllte, damit die Gestapo nach mühseliger Schweißarbeit nur Abfall finden sollte - diese Anekdote habe ich auf dem Mannheimer Parteitag 1975 bei der Verabschiedung Alfred Naus aus dem Amt des Schatzmeisters bereits berichtet.



- Er kam noch selbst nach Prag, erklärte dort aber kurzerhand, er gehe auf jeden Fall zurück nach Berlin. Tatsächlich blieb er einer der wichtigsten Bindeglieder des Exilvorstandes in Prag und der Illegalen in Deutschland.

Ein erstes Charaktermerkmal unseres Geburtstagskindes wird deutlich, das in der gegenwärtigen Lage von Belang sein sollte: Witz und Einfallsreichtum zu zeigen und im Übrigen nicht viel zu fragen, sondern etwas zu tun - obwohl vieles zur Deprimiertheit auffordert.

- Zweimal wird er verhaftet, sitzt 14 Monate im Zuchthaus, hat im Übrigen das "Glück", noch an deutsch-nationale Richter zu geraten, wird einmal "freigesprochen" - weil er halt unglaublich geschickt war in seiner illegalen Arbeit. Für die Behörden war er stets nachprüfbarer Versicherungskaufmann, der seinen Pflichten nachkommt, in Wahrheit aber der wie immer aktive Sozialdemokrat, der auf diese Weise den Kontakt zu den Gesinnungsfreunden hält. Der Kriegsdienst macht dieser Arbeit 1942 ein Ende, schützt ihn aber vor einem neuen Zugriff der Gestapo.

In dieser kurzen Beschreibung werden weitere Wesensmerkmale deutlich, die die Person Alfred Naus, sein Leben und sein politisches Wirken beispielhaft machen: Treue zur Sache, auch unter großer Gefahr, ohne jedes opportunistische Wackeln, mit einer stets abrufbaren Solidarität mit den Freunden, mögen die Zeitumstände noch so bedrohlich sein.

- Gleich nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 stellt sich Alfred Nau in Hannover Kurt Schumacher für den Wiederaufbau der Partei zur Verfügung, lehnt interessante Angebote aus der Versicherungswirtschaft ab, übernimmt ohne Zögern die Funktion des Schatzmeisters der SPD (damals noch mit dem schönen Titel Kassierer) und wird auf allen Nachkriegsparteitagen in dieser Funktion bestätigt. Als er 1975 - auf dem Mannheimer Parteitag - aus diesem Amt ausscheidet, liegt eine beispiellose Arbeit hinter diesem Mann, die nur in Stichworten angerissen werden kann: Schaffung eines soliden Beitrags- und Finanzierungssystems für die SPD, das sich im Grundsatz bis heute bewährt hat; Wiederaufbau des Unternehmensbereiches mit allen seinen zeit- und personenbedingten Schwierigkeiten; nicht zuletzt Neugründung der Friedrich-Ebert-Stiftung einschließlich ihrer Heimvolkshochschulen, mit einer politischen Bildungsarbeit, die weit über die eigene Partei reicht; schließlich die - von mir mit angelegte - Schaffung des "Archivs der sozialen Demokratie" und der neue, erfolgversprechende Start der Verlage Neue Gesellschaft und J.H.W. Dietz Nachf. Und, um zur Partei zurückzukehren, darf ich natürlich nicht die Finanzierung von insgesamt sieben Bundestagswahlkämpfen vergessen: Sie führten die SPD in die Regierungsverantwortung und zu einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

Wer die letzten sechs Jahre genau hingeschaut hat, weiß, daß die Konzentration Alfred Naus auf die Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung seit 1975 keine Sinekure im Ruhestand war und ist. Er ist im Übrigen das einzige Ehrenmitglied unseres Parteivorstandes, und seine Verdienste um die internationale Zusammenarbeit finden ihren Ausdruck darin, daß er zu den Ehrenvorsitzenden der Sozialistischen Internationale gehört.

Bilanz: Seit früher Jugend und dann ab 1945 hat Alfred Nau unserer gemeinsamen Sache in einer Art und Weise und in Funktionen gedient, wie es in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel ist. Klar, daß dazu Zähigkeit, Sachkompetenz, Umsicht, Fleiß gehören, auch eine gewisse Schläue und taktisches Geschick. Aber all das erklärt nicht die Lebensleistung dieses Mann, der stets mehr im Hintergrund arbeitete und nicht eitel nach öffentlichen Ehren und Ämtern schielte. Erklärbar ist diese Lebens-



leistung nur durch die fast preußisch zu nennende Dienstbereitschaft eines Sozialisten im besten Sinne dieses Wortes. Durch das unbeirrbar verfolgte des einmal als richtig bewerteten Zieles, auch wenn Rückschläge andere schon längst entmutigt hätten. Durch außerordentliche Besonnenheit in anscheinend ausweglosen Situationen. Durch die klaglose Übernahme der Amtsverantwortung für Vorgänge, die eigentlich andere eingebracht haben. Aber das alles erklärt immer noch nicht alles.

Ich glaube, lieber Alfred, bei dieser Gelegenheit darf ich es sagen: Was Du für die deutsche Sozialdemokratie, für die deutsche Arbeiterbewegung insgesamt, also unter besonderem Einschluß der Gewerkschaften, sowie für die internationale sozialdemokratische Bewegung geleistet hast, ist nur durch die Liebe, ja Leidenschaft zu erklären, die Du Deiner und unserer gemeinsamen Sache immer entgegengebracht hast.

Füge ich am Ende zusammen, was Alfred Neu sein Leben lang ausgezeichnet hat - Witz und Einfallsreichtum trotz großer Schwierigkeiten, Treue zur Sache und Solidarität mit den Freunden, Dienstbereitschaft ohne Schielen nach Ehrungen, unbeirrtes Verfolgen eines Zieles trotz aller Rückschläge, schließlich Liebe, ja Leidenschaft gegenüber dem demokratischen Sozialismus und der sozialen Demokratie - was nicht nur meiner Meinung nach, sondern auch entsprechend dem Godesberger Programm zusammengehört - und zwar in bösen wie in guten Zeiten - dann reicht das weiß Gott aus, es denen vorzuhalten, die rasch mutlos werden oder sogar der Versuchung nicht widerstehen, die Flinte ins Korn zu werfen. Und ich sage das mit Bedacht und mit durchaus aktuellem Bezug.

Lieber Alfred Nau, im Namen Deiner Partei und vieler einzelner, die sich mit ihr verbunden fühlen, danke ich Dir an Deinem 75. Geburtstag für Dein unermüdliches Wirken, ich wünsche Dir Glück für die kommenden Jahre. Wir alle wünschen Dir vor allem Gesundheit, damit Du all das weiter erfolgreich zuwegebringst, was Du Dir vorgenommen hast.

(-/23.11.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

